

Hausgemachter Ärger um den Bummert

PROJEKT Laut Landkreis Leer gibt es von dort keine Anweisung, die Kreuzung mit Ampeln zu versehen



Gefahrenpunkt Bummert: Insgesamt 13 Unfälle ereigneten sich hier im vergangenen Jahr.

BILD: ORTIGES

Die Stadt habe sich diese verkehrsbehördliche Anordnung selbst erteilt. Die Unfallkommission habe nur eine Empfehlung dazu abgegeben. Diese sei nicht rechtsverbindlich.

VON PETRA HERTERICH

LEER - In der heftigen Diskussion um die neuen Ampeln für den Bummert (siehe Kasten), hatten Bürgermeisterin und Verwaltung immer auf eine eindeutige Anweisung durch die Aufsichtsbehörde – den Landkreis – verwiesen. Diese lasse keinen weiteren Spielraum. Doch ein solches Schreiben gibt es laut Landkreis gar nicht.

„Es erfolgte keine Weisung oder Anordnung durch den Landkreis Leer“, betont Kreis-Pressesprecher Jens

Bummert

Die Kreuzung zwischen Heisfelder-, Ubbo-Emmius- und Friesenstraße gilt als Unfallschwerpunkt. Im vergangenen Jahr ereigneten

sich an der Leeraner Kreuzung insgesamt 13 Unfälle – vier davon mit Beteiligung von Fußgängern und Radfahrern. Es gab vier Leicht- und einen Schwerverletzten.

Stöter auf OZ-Nachfrage. Die Stadt selbst habe – basierend auf einer Empfehlung der Unfallkommission – das Aufstellen von Ampeln rund um die Kreuzung zwischen Heisfelder-, Friesen- und Ubbo-Emmius-Straße beschlossen.

„Die Stadt ist für die verkehrsbehördlichen Anordnungen auf ihrem Stadtgebiet zuständig“, betont Stöter. Diese Anordnungen könne die Stadt auch selbst wieder aufheben und durch eine neue ersetzen. „Entscheidend ist ja, dass sich die Situation am Bummert verbessert“, sagt er.

Die Politik hatte statt der Ampeln für die Leeraner Kreuzung Tempo 30 und das Aufstellen von Stoppschildern und Spiegeln gefordert (OZ berichtete). Der Landkreis habe aufgrund der Diskussionen und Abstimmungsergebnisse in den jeweiligen Ausschüssen lediglich „um eine Stellungnahme“ zu dem Sachstand der Bummert-Pläne gebeten, erklärt Stöter.

Er weist auf Nachfrage der OZ auch darauf hin, dass die Unfallkommission nur Empfehlungen und keine rechtlichen Anweisungen geben

könne. „Diese Empfehlungen sind zwar rechtlich nicht bindend. Sie zeigen aber eindeutig einen unmittelbaren Handlungsbedarf bei Unfallschwerpunkten auf“, schreibt Stöter in der Presseerklärung des Landkreises.

Wie berichtet, hatte die Unfallkommission für den Bummert eine Vollbeampelung gefordert. Sieben Signalanlagen mit insgesamt 14 Ampeln müssten aufgestellt werden. Die Politik sträubt sich aber vehement dagegen. Zuletzt strich sie auch die für den Umbau vorgesehenen 250 000 Euro aus dem Haushalt 2017.

Der Vorsitzende der Unfallkommission, Joachim Rediker – Sachbearbeiter Verkehr der Polizeiinspektion Leer/Emden –, weiß: Wenn die Stadt keine verkehrsbehördliche Anordnung getroffen hätte, „hätte kein Beschluss vorgelegen und es

KOMMENTAR



VON PETRA HERTERICH

BUMMERT

Dilemma

Da hat sich die Stadt ja ganz schön was eingebrockt: Obwohl niemand aus der Politik – die Bürgermeisterin eingeschlossen – die Ampeln am Bummert will, hat sie sich diese quasi selbst verordnet. Der Landkreis als Aufsichtsbehörde zeigt einen Weg aus dem Dilemma: Die Stadt könne ihre eigene verkehrsbehördliche Anordnung wieder zurücknehmen – und eine neue erlassen. Das sollte sie auch tunlichst anleiern. Eine Entscheidung auf Biegen und Brechen gegen die politische Mehrheit – und die eigene innere Überzeugung – durchzudrücken, macht keinen Sinn. Man sollte gemeinsam nach einer Lösung suchen, die Unfallzahlen am Bummert zu senken.

Die Autorin erreichen Sie unter p.herterich@zgo.de

wäre am Bummert alles beim Alten geblieben“. Das sei nicht im Sinne der Unfallkommission. „Wir haben die Ampeln empfohlen, und die Stadt hat für sich selbst den Umbau angeordnet“, sagt Rediker. Er will mit Polizeichef Johannes Lindt weitere Schritte besprechen: „Eventuell schalten wir die Landes-Unfallkommission ein.“

Bei der Stadt hieß es auf Nachfrage gestern lediglich: „Wir prüfen derzeit das weitere Vorgehen.“